

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vordr.-Zentrale)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 68.

Berlin, Mittwoch, 25. August 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die deutschen Arbeitgeberorganisationen. — Der Kampf um die ortsüblichen Tagelöhne in Groß-Berlin. — Deutschlands Einfuhrverbote für Vieh und Fleisch. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen-Zeit.

## Die deutschen Arbeitgeberorganisationen.

Ueber die deutschen Unternehmerverbände, ihre Zahl, die Zahl der angeschlossenen Firmen und der von ihnen beschäftigten Arbeiter war bisher ein geheimnisvolles Dunkel gebreitet. Alle Bemühungen, sowohl von privaten Statistikern als auch von Behörden, genauere Angaben darüber zu erhalten, sind bisher vergeblich gewesen. Jetzt endlich ist der Bann gebrochen. Das kürzlich veröffentlichte „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“, Jahrgang 1909, enthält nämlich zum ersten Male eine Uebersicht über die Arbeitgeberorganisationen. An übermäßiger Klarheit leidet diese Zusammenstellung nicht. Zahlreiche Lücken sind darin enthalten, und auch die Uebersichtlichkeit läßt sehr viel zu wünschen übrig. Man merkt, es ist ein erster Versuch; das entschuldigt manches.

Die Angaben sind gewonnen aus Fragebogen, die an die beteiligten Organisationen verandt wurden, ferner aus Jahresberichten und Mitgliederverzeichnissen. Sie beziehen sich auf den 1. Januar 1909; jedoch sind auch, wo es nicht anders ging, auf frühere oder spätere Termine bezügliche Daten verwandt worden. Die Zahl der Arbeiter ist häufig in den Fragebogen als „geschätzt“ bezeichnet, daher nicht als genau anzusehen. Doppelzählungen der Verbände sind nach Möglichkeit vermieden worden. So heißt es in einer Fußnote, woraus man schließen kann, daß auch aus diesem Grunde die Zahlen nicht als absolut zuverlässig zu gelten haben. Annähernd richtig aber sind sie zweifellos.

Eingeteilt werden die Organisationen in der Statistik in Reichsverbände, berufliche Landes- und Bezirksverbände, berufliche Ortsverbände, gemischte Landes- und Bezirksverbände und gemischte Ortsverbände. Bei jeder von diesen Gruppen werden wieder zwei Arten unterschieden, und zwar solche, die selbständig dastehen, d. h. anderen Verbänden nicht angeschlossen sind, und solche, die anderen Verbänden angeschlossen sind. Daß eine solche Einteilung nicht gerade die Uebersicht erleichtert, liegt auf der Hand.

Selbständige, d. h. also nicht angeschlossene Organisationen werden im ganzen 127 gezählt. Davon sind 46 Reichsverbände, die 144 400 Mitglieder zählen und zusammen 3 124 866 Arbeiter beschäftigen. Weiter werden gezählt 38 Landes- und Bezirksverbände mit 13 394 Mitgliedern und 483 595 beschäftigten Arbeitern. Dazu kommen dann noch 43 Ortsverbände mit 15 010 Mitgliedern und 40 218 beschäftigten Arbeitern. Insgesamt also zählen die 127 selbständigen Organisationen 159 304 Mitglieder, die 3 648 679 Arbeiter beschäftigen. Diese Zahlen müssen noch etwas erhöht werden, wenn man die wirkliche Stärke erfahren will, da eine Anzahl von Organisationen, die hier in Betracht kommen, zum Teil nicht geantwortet, zum Teil die einzelnen Zahlen nicht angegeben hat. Man dürfte wohl nicht fehlgehen, wenn man die Zahl der von den selbständigen Unternehmerorganisations-

nen beschäftigten Arbeiter auf 4 Millionen veranschlagt.

Bei näherer Prüfung der Statistik erkennt man auf den ersten Blick, daß auch bei den Unternehmerorganisationen das Streben nach Zentralisation sich stark bemerkbar macht. Die größte selbständige Organisation, der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“, umfaßt allein 32 500 Mitglieder, die 1 450 000 Arbeiter beschäftigen. Das deutet übrigens auf eine rapide Entwicklung hin; denn die Zahl der Arbeiter in dieser Organisation hat sich seit 1905 mehr als verdoppelt. Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ weist 6144 Mitglieder mit 988 142 beschäftigten Arbeitern auf. Danach sind in diesen beiden Zentralen 38 644 Mitglieder mit 2 438 142 Arbeitern vereinigt. Das sind etwa ein Viertel aller organisierten Unternehmer, aber etwa zwei Drittel aller bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter. Daraus darf man den Schluß ziehen, daß der Zentralisationsgedanke bei den großen Unternehmern mehr Anklang findet als bei den Kleinen. Es ist bezeichnend, daß diese beiden großen Zentralverbände auch eine eigene Streitversicherung eingeführt haben, über deren Leistungsfähigkeit und Kassenvorhältnisse in der Statistik allerdings nichts angegeben wird.

Wir wollen übrigens nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß auch von den als selbständig bezeichneten Organisationen die eine oder die andere noch als Unterorganisation einer von den beiden Zentralen angehört, so daß sie also doppelt gerechnet wäre. Uebrigens gibt es auch außer jenen beiden Zentralen sehr bedeutende selbständige Reichsorganisationen. Wir nennen da nur den deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der in 25 Bezirksverbände und 496 Ortsvereine zerfällt und 20 930 Mitglieder zählt, die eine Viertelmillion Arbeiter beschäftigen. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe zählt in 6 Bezirksverbänden bezw. 414 Ortsvereinen 19 300 Arbeiter mit 53 000 Arbeitern.

Nur des Vergleichs wegen sei erwähnt, daß, abgesehen von den genannten Zentralen, selbst die größten selbständigen Reichsverbände an Bedeutung zurücktreten hinter den gewaltigen Fachverbänden, die an den „Verein“ oder an die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ sich angeschlossen haben. Dahin gehören z. B. der Verband deutscher Metallindustrieller, der sich über 2800 Firmen mit 510 000 Arbeitern erstreckt, und der Arbeiterschutzverband für das deutsche Holzgewerbe mit 4397 Firmen und 60 998 beschäftigten Arbeitern.

Das sind überaus respektable Zahlen, die uns erst eine Vorstellung gewinnen lassen von der Macht des organisierten Unternehmertums. Mehr als 3½ Millionen, ja, man kann sagen 4 Millionen Arbeiter sind sozusagen von den Unternehmern organisiert. Ihnen stehen gegenüber insgesamt 2 201 808 in Deutschen Gewerksvereinen, freien Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Es könnte also auf den ersten Blick scheinen, als wenn die Organisation der Unternehmer viel stärker wäre als die der Arbeiter. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß prozentual die Zahl der organisierten Unternehmer größer ist als die der Arbeiter. Auch andere Vorteile, vor allen Dingen das Kapital, kommt ihnen sehr zu-

statten. Indessen, die Statistik zeigt uns auch die Schwäche der Unternehmerorganisationen, die sich namentlich in der mangelnden Einheitslichkeit zu erkennen gibt. Hier sind die Unternehmer ohne Unterschied des Berufs nach einzelnen Orten, dort nach Bezirken zusammengefaßt. Dann ist wieder der Beruf ausschlaggebend für Orte, Bezirke oder das ganze Reich.

Daß da nicht von einer großen Schlagfertigkeit die Rede sein kann, ist ohne weiteres klar. Indessen, nicht auf die Schwächen der Gegner soll man sich verlassen, sondern darauf bedacht sein, seine eigene Macht zu stärken. Wenn die Arbeiter dem organisierten Unternehmertum ein ebenbürtiges Gegengewicht schaffen wollen, so müssen sie in erster Linie darauf bedacht sein, ihre Organisationen zu stärken, und keine Gelegenheit versäumen, neue Mitglieder zu werben. Noch ist das Heer der Indifferenten und Unorganisierten viel größer als die Zahl derjenigen, die den Nutzen und die Bedeutung der Organisation begriffen haben. Gegen dieses gewaltige Heer muß sich die organisierte Arbeiterschaft jeder Richtung wenden. Alle Differenzen müssen schweigen, wenn es gilt, den Indifferentismus zu schwächen. Freilich, wer selbst im Kampfe steht, wer tagtäglich beobachten muß, wie die verschiedenen Organisationsrichtungen sich gegenseitig befehden und damit einen Teil der Kraft, die sie zur Gewinnung unorganisierter Arbeiter verwenden könnten, nutzlos vergeuden, der weiß, wie viel Aufklärungsarbeit hier noch notwendig ist. Vielleicht gibt die Statistik der Unternehmerorganisationen den Anstoß zu einem besseren Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen. Groß ist unsere Hoffnung freilich nicht. Wir würden aber glauben, uns einer Pflichtvergessenheit schuldig gemacht zu haben, wenn wir nicht auch diese Gelegenheit benützt hätten, auf ein besseres Nebeneinanderarbeiten hinzuwirken.

Außerdem aber ergibt sich aus der obigen Schilderung für jedes unserer Mitglieder die Pflicht, unermüdet und rastlos für die Organisation zu arbeiten und bei jeder Gelegenheit daran zu denken, neue Anhänger zu gewinnen. Und noch eins! Wir sprachen davon, daß die Macht des organisierten Unternehmertums auch auf dem Kapital beruht, das es in dem Kampfe gegen die Arbeiterschaft zur Verfügung hat. Wohl besitzen auch die Arbeiterorganisationen ihre Kampffonds, und die Deutschen Gewerksvereine stehen in dieser Hinsicht am besten da. Trotzdem kann es nicht schaden, wenn auch in dieser Betrachtung nochmals an den Opfermut der Mitglieder appelliert wird. Wie oft kommt es nicht vor, daß Kollegen, wenn die Hauptleitung aus diesen oder jenen Gründen gezwungen ist, eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, leichtfertig der Organisation den Rücken kehren, weil sie glauben, das ihnen zugemutete Opfer nicht tragen zu können. Angesichts der Stärke des Unternehmertums müssen derartige kleinliche Rücksichten für die Zukunft schwinden. Nur wenn die Arbeiterorganisationen stark und einig sind, wenn jeder einzelne Arbeiter stets daran denkt, für Ausbreitung seiner Organisation zu sorgen, wenn alle den nötigen Opfermut betätigen, dann wird es möglich sein, dem Unternehmertum, auch wenn es noch so fest zusammengeschlossen ist, ein entschiedenes Paroli zu bieten.

### □ Der Kampf um die ortsüblichen Tagelöhne in Groß-Berlin.

Nach zweijährigem hartnäckigen Kampfe hat die soziale Kommission der Deutschen Gewerkschaften in Berlin endlich das Ziel der Erhöhung ortsüblicher Tagelöhne erreicht. Der Oberpräsident teilte Anfang August dem Verbande mit, daß er für die Stadt Berlin eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne vorgenommen habe. Der Antrag dazu wurde zuerst Anfang Dezember 1907 an den Oberpräsidenten abgelehnt. Erst nach einem vollen Jahre, d. h. im Gewerbegerichtswahlkampfe 1908, erfuhr man endlich, was zunächst mit dem Antrag geschehen sei. Er war der Stadt Berlin bezw. dem Magistrat zur Aeußerung übersandt worden, und dieser hatte ihn zu Begutachtung an den Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts abgegeben. In dem damaligen Wahkampfe spielte dann die ganze Frage und die eigentümliche Stellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu eine erhebliche Rolle. Aber es dauerte immer noch drei Vierteljahr, ehe die Entscheidung gefallen ist.

Nicht ganz sind wir mit unseren Wünschen durchgekommen. Die Behörde hat davon abgezogen; aber wir haben immerhin einen erheblichen Fortschritt erreicht, und wenn bessere Konjunkturbedingungen Platz gegriffen haben, dann wird es notwendig sein, einen erneuten Antrag auf Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne zu stellen.

Ueber die bisherigen ortsüblichen Tagelöhne, aber die von uns erstrebte Höhe derselben und über die nun tatsächlich erfolgte Erhöhung gibt nachstehende Tabelle einen Ueberblick. Der ortsübliche Tagelohn beträgt für:

Wieder:	Die Tagelöhne sind beantragt:	Die Tagelöhne sind festgesetzt auf:	
Erwachsene männl. Arbeiter	2,90	4,00	3,60
Erwachsene weibl. Arbeiter	1,60	2,50	2,20
Jugendliche männl. Arbeiter	1,40	2,00	1,80
Jugendliche weibl. Arbeiter	1,10	1,80	1,40

Damit ist Berlin endlich soweit, wie Bremerhaven seit Jahren ist. Schon indem man das feststellt, liefert man gleichzeitig eine Kritik der neuen Festsetzung. Denn daß die Löhne in Berlin tatsächlich höher sind und auch die Lebenshaltung teurer ist als in Bremerhaven, ist gar keine Frage.

Ueber einen weiteren Teil unseres damaligen Antrages war bis zu diesem Augenblicke Klarheit nicht zu schaffen. Wir hatten nämlich noch eine Vereinsteilnahme der ortsüblichen Tagelöhne für Groß-Berlin beantragt. Denn bisher haben Orte, die in allernächster Nähe von Berlin liegen und mit ihm eine völlige Einheit bilden, geringere ortsübliche Tagelöhne gehabt als die Stadt selbst. Ob in dieser Richtung auch unserem Antrage stattgegeben worden ist, wissen wir in diesem Augenblicke noch nicht. Angestellte Erkundigungen blieben resultatlos. Jedenfalls aber darf man erwarten, daß alle die Vororte Berlins, die schon bisher denselben ortsüblichen Tagelohn hatten wie die Stadt, auch jetzt von der Erhöhung mitbetroffen worden sind. Das sind vor allen Dingen Rixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, Köpenick, Britz, Steglitz, Friedenau, Tempelhof, Groß-Lichterfelde usw.

Mit diesem Siege nach langem Kampfe ist der Berliner Arbeiterschaft ein bedeutender Vorteil zugefliegen. Die Höhe desselben zu berechnen, ist zwar schwierig, aber man dürfte ihn auf 300 000 bis 400 000 Mark ohne weiteres schätzen können.

Das ist der zweite wichtige Erfolg, den die soziale Kommission der Deutschen Gewerkschaften in Berlin seit ihrem jetzt eineinhalbjährigen Bestehen erzielt hat. Der erste war die Einführung des Verhältniswahlrechts zur Gewerbegerichtswahl. Um beide Dinge hat sich keine der anderen Organisationen bekümmert. In beiden Fällen bedurfte es erst eines langen Kampfes, um einen Erfolg zu erringen, ebenso aber gelang es, zum Siege zu kommen.

Das muß die Berliner Gewerkschafter anspornen, auf dem beschrittenen Wege weiter zu arbeiten, muß aber auch eine Mahnung sein, diese wichtigen Erfolge nun agitatorisch bei der Werbung neuer Mitglieder auszunutzen.

### Deutschlands Einfuhrverbote für Vieh und Fleisch.

In der Julinummer der „Zeitschrift für Agrarpolitik“, des Organes des Deutschen Landwirtschaftsrats, veröffentlicht Dr. S. Gerlich bei Gelegenheit einer Erörterung über „Die deutsche Fleischproduktion, ihren gegenwärtigen Stand und ihre voraussichtliche Entwicklung“ eine Zusammenstellung der in Deutschland bestehenden veterinär- und sanitätspolizeilichen Verbote und Beschränkungen der Einfuhr von Vieh und Fleisch. Da die für jedes Land besonders erlassenen, häufig abgeänderten Vorschriften einen Ueberblick über den Umfang, den das System der Einfuhrverbote angenommen hat, nicht gestatten, ist die mühevoll Ar-

beit Dr. Gerlichs mit Dank zu begrüßen, wenn es auch nicht in seiner Absicht gelegen hat, das deutsche Volk darüber aufzuklären, welchen Tribut es auf dem Umwege über die Einfuhrverbote an die Agrarier alljährlich zu entrichten hat.

Die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen ist ohne Ausnahme aus Italien, Frankreich, Großbritannien und Irland, Belgien, den Niederlanden, Schweden, Norwegen, Rumänien, Serbien verboten. Aus Oesterreich-Ungarn dürfen Rindvieh und Schafe nur nach bestimmten Schlachtbäusern zur Schlachtung daselbst, Schweine in derselben Weise nur im Betrage von ca. 1111 Stück wöchentlich eingeführt werden; die Schweine darf zwar keine Schweine und Schafe, wohl aber Rindvieh und Ziegen auf bestimmten Grenzstellen unter Vorlegung eines Ursprungs- und Gesundheitsattestes, Dänemark nur Wiederkäuer auf dem Seewege mit 16tägiger Quarantäne einführen. Aus Rußland dürfen Wiederkäuer die deutsche Grenze überhaupt nicht, Schweine nur für sieben Städte mit einem wöchentlichen Kontingent von 2500, aus Amerika und Australien Rindvieh gar nicht, andere Wiederkäuer und Schweine nur mit vierwöchiger Quarantäne passieren. Frisches Rindfleisch darf nicht aus Belgien, frisches Fleisch von Rindvieh, Schafen und Ziegen nicht aus Rußland eingeführt werden; beschränkt ist die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch aus Rumänien und Serbien, verboten die Einfuhr von frischem Rindfleisch, beschränkt diejenige von Schweinefleisch aus Amerika und Australien. Aus Bulgarien ist kurz und bündig jede Einfuhr von Vieh und Fleisch unteragt. Sogar die Einfuhr von Geflügel aus Oesterreich-Ungarn und Italien ist beschränkt.

Diese Buntfärbigkeit der Bestimmungen ist geeignet, den Anschein zu erwecken, als handle es sich in der Tat nur um Anordnungen, die aus veterinär- und seuchenpolizeilichen Erwägungen je nach Lage des Einzelfalles getroffen worden sind. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber, daß ein großer Teil von ihnen weniger dem Schutze des einheimischen Viehstandes gegen Einschleppung von Seuchen, als dem Interesse der Agrarier an einer möglichst fernhaltung ausländischer Konkurrenz bei der Versorgung Deutschlands mit Vieh und Fleisch dient.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 24. August 1909.

Die Generalversammlung der Krankenkasse des Gewerbevereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter, die im Anschluß an den Delegiertentag in Seidelberg stattfand, hat wesentliche Änderungen nicht gebracht. Der vom Schatzmeister Kollegen Hoff erhaltene Kasfenbericht bot ein durchaus günstiges Bild. Die von den Revisoren beantragte Decharge wurde erteilt. Vom Hauptvorstand war der Antrag gestellt worden, die freie Hilfskasse in eine Zuschußkasse bezw. einen Beihilfefonds umzuwandeln. Diesen Antrag lehnte die Generalversammlung jedoch ab, mit Rücksicht darauf, daß die Kasse gut wirtschaftet und der Reservefonds durchaus den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Auch die vorgenommenen Statutenänderungen sind nur von untergeordneter Bedeutung. Die Generalversammlung konnte bereits am Donnerstag mittag geschlossen werden.

Einer abschließenden Irreführung bezichtigt Herr Legien im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Deutschen Gewerkschaften, weil sie als ihre Einnahmen auch das rechnen, was die mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen vereinnahmt haben. Dazu haben sie nach Herrn Legien kein Recht, weil „zweifelloß in diesen Klassen viele Mitglieder seien, die nicht Gewerkevereinsmitglieder sind“. Was zunächst die letzte Bemerkung anbelangt, so mag sich der Herr gelagert sein lassen, daß auch die den freien Hilfs- und Zuschußkassen angehörenden Mitglieder fast ausnahmslos Gewerkevereinsmitglieder sind. Es wird nämlich niemand in diese Klassen aufgenommen, der nicht gleichzeitig Mitglied des betreffenden Gewerkevereins ist. Nur wenn jemand aus diesem oder jenem Grunde aus dem Gewerkeverein ausscheidet und zwei Jahre der Krankenkasse angehört hat, so hat er laut Gesetz das Recht — das müßte auch Herr Legien wissen — weiterhin Mitglied der Kasse zu bleiben. Von diesem Rechte wird auch hin und wieder, aber nur selten Gebrauch gemacht. Im übrigen wird schon dafür gesorgt, daß, wenn jemand von diesen nur-Krankenkassenmitgliedern seinen Berufsstand nicht nachkommt, er auch sofort seine Mitgliedschaft verliert, d. h. getriden wird. Es ist eben mit diesen Klassen etwas anderes als wie z. B. mit der Hamburger Maschinenbauer- oder Wagenbauerschaft. Diese dürfen sich die „freien“ Gewerkschaften nicht

zurechnen, weil in ihnen auch Mitglieder anderer Organisationen vorhanden sind, und diese Klassen mit den Gewerkschaften absolut nicht das geringste zu tun haben.

Im übrigen liegt für Herrn Legien auch gar kein Anlaß zur Aufregung vor, daß die Gewerkschaften die Einnahmen ihrer Nebenklassen als eigene Einnahmen rechnen. Im Deutschen Metallarbeiterverbande wird für ein erhöhtes Mitglieds-geld eine Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Diese Erwerbslosenunterstützung wird sowohl gezahlt bei Krankheit als auch bei Arbeitslosigkeit. Bei uns wird die Arbeitslosenunterstützung aus der Gewerkevereins-, die Krankenunterstützung aus einer besonderen Klasse gezahlt. Im Grunde genommen läuft das auf dasselbe hinaus, nur daß die von uns gezahlte Krankenunterstützung höher ist und die Mitglieder sie auch wirklich bekommen. Wenn also von einer Irreführung geredet werden muß, so ist sie viel mehr auf Seiten des Herrn Legien als bei uns zu finden.

Weitere Folgen der Tabaksteuer. Nachdem wir schon kürzlich von zahlreichen Entlassungen in der Tabakbranche Meldung machen konnten, sind heute weitere Fiobsposten zu bringen. In Breslau hat eine Firma infolge der Tabakwertenerung ihre sämtlichen Arbeiten zunächst für acht Tage ausgesetzt. In verschiedenen Städten der Provinz Posen haben Arbeiterentlassungen stattgefunden. In Ringenfeld in der Pfalz, wo bisher eine lebhafteste Tabakindustrie ihren Sitz hatte, haben seit vorigem Montag fünf Zigarrenfabriken ihre Betriebe eingestellt. Wann die Arbeit wieder aufgenommen wird, steht noch nicht fest; zurzeit sind an 250 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos. Mehrliche Klagen kommen aus anderen Tabak-industrieorten.

Aber auch noch in anderer Hinsicht machen sich die Folgen der Tabaksteuer geltend. Es bestreitet sich nämlich die Befürchtung, daß die Zigarrensteuer und die Zigarettenbanderolsteuererhöhung ihre Wirkung auf andere Industriezweige übertragen werden, so zunächst auf das Steindruckgewerbe und die Kartonageindustrie. So gibt eine Zigarettenfabrik in Posen bekannt, daß sie, um Qualität und Größe der von ihr hergestellten Zigaretten in bisheriger Weise liefern zu können, an der Packung sparen müsse. Sie habe deshalb über 300 Kartonagearbeitern und Arbeiterinnen kündigungsmäßig.

Es sind also böse Zeiten, die über die Tabakindustrie und die mit ihr verknüpften Erwerbszweige hereingebrochen sind. Wenn unter solchen Umständen kürzlich eine Unternehmervereinigung beschloß, hat lieber mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten zu lassen, als ihre Arbeiter auf das Pfahler zu werfen, so wird dies von jedem vernünftig und sozial denkenden Menschen nur freudig begrüßt werden können. Man wird es auch verstehen, daß kürzlich in Breslau eine Versammlung der Tabakarbeiter dafür eingetreten ist, dahin zu wirken, daß bei der infolge der neuen Steuern eintretenden Abnahmeverminderung Arbeiterentlassungen möglichst vermieden werden. Die Arbeiter wollen lieber zeitweise aussetzen, abweichende Feierlichkeiten machen oder bei allgemein verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Bei einem großen Teil der Fabrikanten haben die Arbeiter mit diesen Plänen auch Verständnis gefunden. Das ist gewiß erfreulich. Der konservativen „Schles. Ztg.“ indessen paßt das nicht. In einem Artikel sucht sie vielmehr die Unternehmer aufzuwecken, indem sie darauf hinweist, daß bei verkürzter Arbeitszeit die Regierkosten, die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung usw. doch die gleichen bleiben würden. Die Fabrikanten sollen deswegen eine Auslese unter ihren Arbeitern vornehmen, nur die soliden behalten und alle „müßeligen Elemente“ entlassen. Von einem Blatte, wie es die „Schles. Ztg.“ ist, kann man ebensowenig eine andere Ansicht erwarten, wie von einem Dänen mehr als ein Stück Rindfleisch.

Organisationszwang durch Unternehmerkartell. Der Konsumverein in Flensburg beschloß, drei Wohnhäuser, ein Zentrallager und eine Bäckerei zu erbauen. Mit der Anfertigung der Pläne und Bauzeichnungen wurde eine Flensburger Baufirma beauftragt. Diese Firma ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes, gehört jedoch neben einigen anderen Baugeäften einer Einkaufsvereinigung an. Die in Flensburg und an der Flensburger Förde belegenen Ziegeleien haben sich fast alle zu einem Ringe zusammengeschlossen, und alle diese Besitzer der Ziegeleien sind Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Der Vorstand des Verbandes hat die genannte Baufirma wiederholt aufgefordert, ihm als Mitglied beizutreten, doch die Firma tat dies nicht. Sie beteiligte sich ebenfalls an der Submission der Konsumvereinsneubauten und holte sich beim Ringe



eine Offerte über Steine ein, die auch bereitwilligst gegeben und die Steinlieferung versprochen wurde. Doch war anscheinend die Rechnung ohne den Arbeitgeberverband gemacht worden. Nach einigen Tagen erhielt nämlich die Firma vom Ziegeleiring die Mitteilung, daß die Offerte für Steine zum Bau des Konsumvereins zurückgezogen werde. Inzwischen war der Bau der Firma übertragen worden. Doch der Druck des allgewaltigen Arbeitgeberverbandes hatte seinen Zweck verfehlt; anstatt des Ringes liefert jetzt eine ringfreie Ziegelei die benötigten Steine.

Wir haben diese Notiz dem „Vorwärts“ entnommen, der dazu bemerkt, man könne aus dem Vorgang ersehen, mit welchen Mitteln Mitglieder für den Arbeitgeberverband gepreßt werden. Sehr richtig! Aber der „Vorwärts“ hat kein Recht, sich über die Praktiken der Arbeitgeberverbände aufzuregen. Er soll nur daran denken, mit welchen Mitteln die sogenannten „freien“ Gewerkschaften häufig ihre Mitglieder werben. Wenn er daran Kritik üben wollte, dann hätte er wahrlich genug zu tun. Denn gegen den Terrorismus der Verbände anderer Gewerkschaften gegenüber kann auch der schlimmste Unternehmer-Terrorismus nicht aufkommen.

**Arbeiterbewegung. Der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter in Seidberg** dauert unverändert fort, da die Meister die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und auch jede Lohnerhöhung für das laufende Jahr abgelehnt haben. — Auch in Braunschweig ist es in der Holzindustrie zu einem Kampfe gekommen. In der Instrumentenfabrik der Firma Zeitter u. Winkelmann haben die Polierer und Abpuher die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung auf eine 5- bis 10prozentige Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Wenn die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, droht die Firma, den Betrieb gänzlich zu schließen. — Die Differenzen in der Dampf- und Wassermühle von Kaufmann u. Söhne in Mannheim sind beigelegt, nachdem die Firma eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde bewilligt hat. — Die Differenzen im Hamburger Baugewerbe sind nun endgültig beigelegt, und die Arbeit ist am Dienstag wieder aufgenommen worden. — Nach achtwöchiger Dauer ist der Streik der Dachdecker in den Städten des westlichen Harzes zugunsten der Arbeiter beendet worden. — In der bayerischen Postbuchdruckerei und Verlagsanstalt von Sebald in Nürnberg-Fürth sind dadurch Differenzen entstanden, daß ein neuer Werkführer das Akkordlohnssystem einzuführen sich bemühte und die Akkordliste ganz einseitig aufstellte. Infolgedessen sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Auf den großen amerikanischen Binnenseen streifen die Seeleute und Maschinisten, weil die Gesellschaften sich weigern, die äußerst schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzubessern. Die Zahl der Ausständigen beträgt gegen 12 000.

**Ein ganz niederträchtiger Spießbubenstreich** ist gegen einen Gewerkschaftskollegen, der bei der Firma Reib u. Nlemm in Berlin, Fabrik elektrischer und mechanischer Apparate, beschäftigt ist, verübt worden. Demselben wurde nach und nach fast das ganze Werkzeug gestohlen. Als er beinahe nicht mehr weiter arbeiten konnte, wurde er plötzlich von den „Genossen“ gefragt, ob er nun dem Verbands beitreten wollte. Um Ruhe zu haben, bejahte der Kollege die Frage, und, siehe da, am nächsten Tage war die Hälfte des Gestohlenen wieder da, und später kam auch das noch Fehlende zum Vorschein.

Mit Recht fragt der „Regulator“, dem wir diese Mitteilung entnahmen: „Wer waren wohl die Diebe?“ Vielleicht fragt die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes einmal ihre bei der genannten Firma beschäftigten Mitglieder. Untere Gewerkschaftskollegen müssen ja ähnliche Geschichten öfter erleben. Aber eine so niederträchtige und gemeine Handlungsweise, wie sie hier die „Genossen“ an den Tag gelegt haben, dürfte man denn doch selten antreffen. Das sind Vorkämpfer für Gleichheit und Brüderlichkeit, die sich noch dazu einbilden, allein wahrhaft aufgeklärte Arbeiter zu sein!

**Weiße Salbe?** Durch die Presse geht eine Notiz, daß der Senat von Bremen bei der Bürgerchaft die Anstellung von zwei Baukontrolleuren beantragt, die dem Arbeiterstande entnommen werden sollen. In Betracht kommen zwei Poliere. Der Senat will damit einer Forderung der Arbeiter entgegenkommen, die die Kontrolle der Bauten hinsichtlich der Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften an Vertrauensleute, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, übertragen wissen wollen. Nach den Vorschlägen des

Senats sollen diese Baukontrolleure nicht von den Arbeitern gewählt, sondern vom Senat ernannt werden. Sie sollen Beamteneigenschaft erhalten. Damit sie ihre Stellung nicht etwa zu politischen Zwecken mißbrauchen, sollen sie mit vierteljährlicher Kündigung angestellt werden.

Wenn diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, würde den Wünschen der Arbeiter jedenfalls nicht genügend Rechnung getragen werden. Die Baukontrolleure, wie sie hier vorgelesen werden, erinnern lebhaft an die Sicherheitsmänner im preussischen Bergbau. Sollen die Baukontrolleure sich des Vertrauens der Arbeiter erfreuen, so müssen sie auch von den Arbeitern selbst gewählt werden. Man darf wohl erwarten, daß diese Forderung auch in der bremischen Bürgerchaft zur Geltung gebracht wird und auch zur Annahme gelangt. Sonst besteht die Gefahr, daß die Baukontrolleure ebenso „weiße Salbe“ bleiben, wie die Sicherheitsmänner es sein werden.

**Das Arbeiterangebot in der Landwirtschaft**, das bis zum Jahre 1905 ständig fiel, dann aber vom Jahre 1906 ab wieder eine Steigerung erfuhr, hat im Juni dieses Jahres die Nachfrage sogar erheblich überstiegen. Während sich auf je 100 offene Stellen in den Jahren 1905 bis 1908 48,48, bezw. 56,93, bezw. 59,80, bezw. 82,70 Arbeitssuchende meldeten, kamen im Juni dieses Jahres auf 100 offene Stellen 118,80 Arbeitssuchende. Die Zunahme des Arbeiterangebots verteilt sich nach der Arbeitsmarkt-Korrespondenz auf alle Landesteile, in denen über die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter berichtet wird. In Ostpreußen geht das Angebot beträchtlich über die Nachfrage hinaus und hat sich auch im Vergleich zum vergangenen Sommer, wo sich Angebot und Nachfrage an den öffentlichen Arbeitsnachweisen so ziemlich deckten, zugunsten der Arbeitgeber verändert. Besonders auffällig ist der Andrang von Mai auf Juni hinaufgeschwollen; er wird im Juni um reichlich das Vierfache höher ausgefallen als im Mai. In Schlesien ergibt sich noch ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften: auf je 100 offene Stellen für landwirtschaftliche Arbeiter kamen nur 60,3 Arbeitssuchende gegen 64,9 im Mai und 55,0 im Juni 1908. Außerordentlich hoch ist der Andrang dagegen in dem industriellen Rheinland-Westfalen; in Westfalen kamen auf je 100 offene Stellen 205,4, im Rheinland 203 Arbeitssuchende. Auch Sassen-Pfalz weist mit 189,9 einen sehr hohen Andrang auf. Das starke Angebot in diesen Provinzen ist auf die immer noch ungewöhnliche Arbeitslosigkeit innerhalb der gewerblichen Bevölkerung zurückzuführen. In Bayern beträgt der Andrang am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt 73,3 gegen 61,5 im Vorjahre, in Sachsen 95,3 gegen 76,2, in Württemberg 91,6 gegen 68,0. Hoch ist der Andrang noch in Baden und Hessen; in Baden beträgt er 141,8, in Hessen 183,5.

Man sieht, wie schon angedeutet, wie auch in diesen Zahlen die schlechte wirtschaftliche Konjunktur zum Ausdruck kommt.

**Die Handelsflotte der Erde** hat nach dem neuesten englischen Schiffsregister im letzten Jahre eine Zunahme um rund 1/4 Millionen Tons, nämlich von 40,9 Millionen auf 41,4 Millionen erfahren. Gegen die früheren Jahre ist die Zunahme wesentlich gefallen, was zweifellos auf die schlechte Geschäftslage mit zurückgeführt werden muß. Die Schiffsfahrtsflotte sind sich auch einig in der Ansicht, daß sich der Zuwachs der Handelsflotte noch für längere Zeit in bescheidenen Grenzen halten muß, damit eine Gesundung der Verhältnisse eintritt. Die deutsche Schifffahrt trägt diesem Prinzip Rechnung, denn der Bestand der deutschen Handelsflotte hat sich seit dem Vorjahre nur von 4 232 145 auf 4 266 713 Tons vermehrt. Stärker zugenommen haben die englische Handelsflotte, von 18 709 537 auf 18 826 442 Tons, und die amerikanische, die übrigen zum größten Teil aus Fahrzeugen besteht, die auf den amerikanischen Binnenflüssen verkehren, von 854 787 auf 895 812 Tons. Die in der Größenfolge an vierter Stelle stehende norwegische Flotte hat sich nur wenig, von 1 962 878 auf 1 993 624 Tons, vergrößert, ebenso die französische, die von 1 883 894 auf 1 893 393 Tons wuchs. Auch die japanische Flotte, die als rasch empfortretender Konkurrent lange Zeit gefürchtet war, hat sich seit dem Vorjahre nur mäßig, nämlich von 1 142 468 auf 1 152 800 Tons vergrößert. Dagegen haben sich die Bestände einiger kleinerer Flotten bemerkenswert gesteigert, so die belgische Handelsflotte von 208 957 auf 271 755, die holländische von 876 620 auf 942 240, die italienische von 1 285 225 auf 1 319 917 und endlich die schwedische von 904 155 auf 922 798 Tons. Daß die meisten der hier verzeichneten Steigerungen auf die Wirkungen der staatlichen Subventionierung der Handelsflotte zurückzu-

führen sind, ist, so schreibt dazu der „Reichsanzeiger“, ebenso bekannt wie die Tatsache, daß gerade diese Subventionsländer starke Konkurrenten der deutschen Flagge sind. Die Vergrößerung der Welt-handelsflotte ist ausschließlich auf die Zunahme der Zahl der Dampfer zurückzuführen; einer Steigerung der Gesamttonnage dieser von 35,7 auf 36,5 Millionen Tons steht eine Abnahme derjenigen der Segler von 5,2 auf 4,98 Millionen Tons gegenüber. Der Rückgang der Segelschiffsflotte scheint unauffällig zu sein.

**Der Fering als Volksnahrungsmittel** spielt deswegen eine besonders große Rolle, weil er sich nicht nur in frischem und geräucherem Zustande, sondern auch in den verschiedensten Konservierungsarten genießen läßt, und weil deshalb die Aufbewahrungs- und Genußfähigkeitsfrist eine viel längere als bei anderen Fischsorten ist. Ueber die Fangergebnisse der deutschen Feringsschiffe gibt uns eine Statistik der deutschen Feringsschiffe für 1908 von J. van der Laan Auskunft, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß hier nur die Fangergebnisse der Nordsee und nicht auch die der Ostsee berücksichtigt sind. Die Entwicklung der Nordseeberingsfischerei zeigt nach dieser Statistik eine steigende Tendenz: Während der Totalfang an Feringen im Jahre 1899 sich auf nur 72 515 Kantjes (17 Kantjes Seepadung gleich 13 Tonnen Landpadung) belief, stieg dieses Ergebnis im Jahre 1908 auf 364 600 Kantjes gleich rund 280 000 Tonnen, was einem Werte von rund 6 500 000 Mk. entspricht. Der Schiffsparc der deutschen Feringsschiffe zählte 1899 101 Logger und 9 Dampfer, während nach 10 Jahren, 1908, diese Ziffern sich auf 183 Logger, 53 Dampfligger und 18 Dampfer gesteigert hatten.

In dem schwedischen Generalfreist ist insofern eine Aenderung zu verzeichnen, als der nicht-sozialistische schwedische Arbeiterbund an seine Mitglieder ein Rundschreiben verschickt hat, in dem der Auftrag erteilt wird, wo es möglich ist, die Arbeit wieder aufzunehmen. Den Anlaß dazu hat die Tatsache gegeben, daß auch solche Arbeitergruppen in den Streik hineingezwungen worden sind, welche noch laufende Tarife mit den Arbeitgebern haben. Als entschiedener Anhänger der Tarifverträge glaubt der schwedische Arbeiterbund diesen Schritt nicht mitmachen zu können und hat deswegen obige Maßnahme verfügt. Seitens der Streikleitung wird dazu bemerkt, daß dieser Schritt einen Einfluß auf die Entwicklung des Streiks nicht haben werde. Der Kampf tobt denn auch weiter. Die von verschiedenen Seiten angeregten Vermittlungsversuche sind von den Arbeitgebern zurückgewiesen worden. Die Streikenden nehmen jetzt schon mehr als früher die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel in Anspruch. Bemerkenswert ist, daß namentlich England und Frankreich, ebenso wie Nordamerika, bisher den Streikenden keinerlei Unterstüzungen gewährt haben. Die Nachrichten über die Wiederaufnahme der Arbeit an verschiedenen Orten mehrten sich, die Streikleitung leugnet sie. Es läßt sich infolgedessen von hier aus schwer beurteilen, wie weit diese Meldungen übertrieben sind oder den Tatsachen entsprechen.

### Gewerkschafts-Zeile

**§ Wachen.** Zum 8. August hatte der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich eines guten Besuchs erfreute. Erster Referent war Kollege Gieslitz-Duisburg, der über die Zustände des Wohnungs-wesens und deren notwendigen Reformen sprach. Nachdem er die Bedeutung des Wohnungswesens für den Arbeiter eingehend geschildert hatte, erläuterte er an der Hand reichhaltigen Materials, wie fortwährend der Grund und Boden an Wert steigt. Die Wohngelegenheit bietet dabei immer größere Schwierigkeiten. Zusammenhängend auf verhältnismäßig kleine Räume sei die Arbeitermasse infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse dem Dahinsinken und der Tuberkulose in besonderer Maße ausgesetzt. Welche Folgen das Wohnungselend haben kann, habe die letzte Choleraepidemie in Hamburg bewiesen. Wo Licht und Luft fehlen, da kommt der Arzt hin. Weder ging dann auf die Wohnungsverhältnisse verschiedener deutscher Städte ein. Noch im Jahre 1900 machten 43 Prozent der Berliner Bevölkerung sich mit Wohnungen mit nur einem Geizraum begnügen. Auch in Wachen gebe es 1365 Wohnungen, wo der Rodraum zugleich der Schlafraum sei. Die meisten Arbeiterwohnungen beständen hier aus 2 Zimmern. In den preussischen Gefängnissen und Jugendhäusern sei ein größerer, gesetzlich vorgeschriebener Luftraum vorge-sehen. Auch die starke Säuglingssterblichkeit sei mit auf die schlechten Wohnungsverhältnisse zurückzuführen. Besserung sei nur möglich bei Erhöhung der Löhne, weil dadurch die Arbeiter größere Aufwendungen für die Wohnung machen können. Umfassende, Wert-zunachsteuer und Erbschaftsteuer seien ebenfalls Mittel zur Hebung der Wohnungsverhältnisse. Vor allen Dingen aber müsse die Stadt selbst dafür sorgen, daß reichlich gute Wohnungen vorhanden sind. Von Wohl-

fahrtseinrichtungen allerdings wollen die Arbeiter nichts wissen, da sie nur geeignet sind, ihre Abhängigkeit zu fördern.

Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach Kollege Koch-Aachen über die Forderung der Steuern im Volkswirtschaftsleben. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß die indirekten Steuern jedenfalls im nächsten Jahre auch hier in Aachen einen starken Ausfall aufweisen werden. Dann wird es wieder der Arbeiter sein, der denselben tragen muß. Die Regierung sollte deshalb ihre Aufmerksamkeit auf die Wertzuwachssteuer lenken, zu der ein kommunaler Zuschlag zu erheben sei. Weitere Einnahmequellen könnten der Stadt erschlossen werden durch Uebernahme privater Einrichtungen und Institute in städtische Regie. Eine Diskussion fand nicht statt, dagegen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 8. August tagende öffentliche Volksversammlung, einberufen vom Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine Aachen, ersucht die Stadtverwaltung eines Durchschlags einer geordneten Wohnungsreform, weitere Grundstücke zu erwerben und dieselben zur Verwertung auf Erdbaurecht auch der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich zu machen. Desgleichen ersucht die Versammlung die Stadtverwaltung, alle der Öffentlichkeit dienenden Institutionen nach Ablauf der Verträge in städtische Regie zu übernehmen, sowie sich mit der Frage der Einführung eines Zuschlages zu der nach 1912 einzuführenden Reichsverwertungssteuer als Ersatz der Ortsteuer zu befassen. Ferner wird die Stadtverwaltung ersucht, die Kommunalzuschläge für die Folge nicht über 150 Prozent auszubehalten.“

§ **Küding.** Am 15. August hielt hier der Ortsverband Sentenberg und Umgegend eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher der Verbandssekretär Kollege Reustedt-Berlin einen Vortrag über die „Sozialpolitik“ und die Deutschen Gewerksvereine hielt. In fesselnder und anschaulicher Weise schilderte Redner die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die es dem Arbeiter zur Pflicht gemacht haben, sich mit seinen Berufsgenossen zusammenzuschließen zur Vertretung seiner Interessen und zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage. Die Deutschen Gewerksvereine haben in ihren sozialpolitischen Leitlinien ein reichhaltiges Programm aufgestellt, das dem Redner im einzelnen erörtert wurde. Dieses Programm zeige, daß die Deutschen Gewerksvereine in erster Linie auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe Vorarbeiten für die Arbeiter zu erringen suchen. Aber auch die Staatshilfe könne nicht entbehrt werden; sie müsse dort eingreifen, wo die Selbsthilfe nicht mehr ausreicht, und umso mehr dann der Staat zu verständigen sozialen Reformen gebracht werden, je stärker die Organisationen der Arbeiter sind. Am besten wäre es, wenn alle Arbeiter sich auf neutralem Boden zusammenschließen, wie es die Unternehmer tun, und wie es für die Arbeiter die Deutschen Gewerksvereine anstreben. Nur dann sei eine Einwirkung auf die Gesetzgebung möglich. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Auch die Diskussionen hatten nichts dagegen einzuwenden. Besonders erstreblich war die musterhafte Ruhe der Versammlung und die sachliche Diskussion, die auch von den gegnerischen Rednern geübt wurde. Warum kann es in den Versammlungen der Arbeiter nicht immer so sein? Dann würde es auch einmal dazu kommen, daß die verschiedenen Organisationen in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen, um dadurch bessere Erfolge zu erzielen. Die Preiskommission.

§ **Writik.** Unsere Bemühungen, auch hier am Orte einen Ortsverein der Eisenbahner zu gründen,

sind von Erfolg gekrönt worden. Am 15. August tagte hier eine Eisenbahnerversammlung, die vom Vorstand des Breslauer Vereins geleitet wurde, und in der als Referent der Kollege Müller-Breslau auftrat. Er schilderte anschaulich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen und unserer Eisenbahner im besonderen, wobei er zu dem Schlusse kam, daß nur der Zusammenschluß in einer politisch und religiös unabhängigen Organisation Besserung bringen könne. Diese Mahnungen fielen auf fruchtbaren Boden. Nicht weniger als 42 der anwesenden Eisenbahner erklärten sofort ihren Beitritt in den Gewerksverein, und mit welcher Begeisterung und welchem Eifer die neuen Kollegen für ihre Sache agitieren, das beweist am besten die Tatsache, daß in wenigen Tagen die Mitgliederzahl des jungen Ortsvereins auf über 70 gestiegen ist. Der neugewählte Vorstand wird dafür sorgen, daß dieses junge Glied unserer Organisation sich kräftig weiter entwidelt, und auch der Ortsverbandsvorstand wird nichts unversucht lassen, den Ortsverein der Eisenbahner zu fördern und ihm mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Möge es auch an anderen Orten gelingen, den Gewerksverein der Eisenbahner weiter auszubreiten und damit für diese Arbeiterkategorie Vorteile zu erringen.

§ **Profen.** Die letzte Monatsversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Stein- und Hilfsarbeiter fand am 15. August in Gemmelwitz statt. Nach Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten durch Kassierer und Schriftführer erstattete der Kassierer den Jahresbericht für das 2. Quartal, der ein günstiges Bild aufwies. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Beschlossen wurde, die nächste Versammlung in Tschirnis abzuhalten. Dann wurde über den Streik der Steinarbeiter in Mühlbach gesprochen, für den fast alle Ortsvereine gesammelt hatten. Beschlossen wurde, den Zentralrat zu ersuchen, daß, wenn wieder einmal Kollegen in einen Streik oder eine Aussperrung verwickelt werden und in dieselbe Lage kommen wie in Mühlbach, auch der Vorstand des Profener Vereins möglichst bald vom Zentralrat unterrichtet wird. Der Vorstand soll dann ermächtigt sein, nach Einberufung einer Ausschüßung eine bestimmte Unterstützungssumme an den Zentralrat zu senden. Ein Schreiben des Generalrats der Bergarbeiter betreffs Anschluß unseres Vereins, unter gleichzeitiger Ueberweisung einer Anzahl von Exemplaren des „Bergarbeiter“ führte zu einer lebhaften Aussprache über die Frage: „Was können wir tun, um uns auszubreiten, ohne uns einem anderen Verein anzuschließen?“ Kollege Tschentscher, der diese Frage anschnitt, kam zu dem Schlusse, daß auch zur Entlastung des Ausschusses ein Agitationsleiter angestellt werden müßte, der allerdings zunächst in unbesoldeter Stellung sein müßte. In demselben Sinne sprach sich der Kollege Wiegand aus, der seit vielen Jahren ein reges und tätiges Mitglied im Vorstande ist, und die Verhältnisse genau kennt. Er schlug vor, die Angelegenheit in den nächsten Versammlungen noch eingehender zu besprechen. Eine längere Diskussion entspann sich auch über den Generalfreist in Schweden. Im Anschluß daran wurde beschlossen, für die Streifenden 20 Mk. zu bewilligen. Die in den einzelnen Betrieben gesammelten Gelder sollen dafür der Kasse zugeführt werden. Aufgenommen wurden vier Mitglieder. Tsch.

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin.** Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/228. Erste Sitzung nach

den Ferien Mittwoch, 8. September. — **Gewerksvereins-Liederstafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Xlle sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Noabit.** Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Radou, Baldfstraße 53. — **Wissenschaftlicher Distrikterklub Berlin.** Rüdigerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 28. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends pünktl. 8½ Uhr bei Radou, Baldfstr. 53. Versammlung mit Vornam. Vortrag von Fr. W. Ebers über: „Sozialpolitik und Frauenstimmrecht“. Nachdem gemäß Langkränzen. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abends 8½ Uhr Versammlung, Rottbuserstraße 6. Bericht von der kombinierten. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VIII.** Abends 8½ Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/228. E.-D. dabei. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter IX.** Abends 8½ Uhr Versammlung. Vortrag des Kollegen Hartmann. Stettinerstr. 50. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XII.** Abds. 8—10 Uhr. Zahlabend bei Knoll, Rottbuserstr. 51. Kohlenbestellung.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Aachen (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz und Füllstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Boosstr., Distrikterabend. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderbräu Webergasse 28. Raft. Gaffe will. — **Rain (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant „Rater Kolping“, Eltergasse. — **Hamburg (Distrikterklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Maisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Walsheim-Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerksvereins-Liederstafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, Raft. Eiste und stimmgebare Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. E. (Sängersabteilung der Gewerksvereine).** Übungsstunde jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Sängersabteilung der Gewerksvereine stets willkommen. — **Zerlshaus (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Lander, Döfstr. — **Stettin (Sängerchor der Gewerksvereine).** Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, Raft. Stimmgebare Kollegen sind herzlich willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Sonnabend, 4. September im Restaurant Schumanns Garten Ortsverbandsversammlung. E.-D.: 1. Verlesen des Protokolls letzter Versammlung. 2. Aussprache und Auffstellung eines Kandidaten als Stellvertreter. 3. Bericht über die Maßnahmen bei der Wahl der Kollegen zur unteren Verwaltungsbehörde. 4. Verschiedenes. — **Uerdingen a. Ugegend. (Ortsverband).** Sonntag, 29. August, nachmittags, Vertreterversammlung in Uerdingen, „Deutsches Haus“.

#### Briefkasten.

**H. B. in Leipzig.** Laut Beschluß des letzten Verbandstages dürfen Feilschichte im „Gewerksverein“ nicht mehr veröffentlicht werden. Da nicht mit zweierlei Maß gemessen werden darf, muß auch der Ihre herausbleiben.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrinitalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen. Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/228.

**Kedermünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkskollegen erhalten Karteiunterstützung. Karten hierzu beim Kollegen Gansow, Kedermünde, Ballstraße 12 und Sonnemann, Toroslow Louisenstr. 8.

**Rothenbach und Umgegend (Ortsverband).** Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerksvereiner beim Kollegen Gust. Pichel, Baurverein Nr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Gerberge: G. Hof am Klara-Schacht.

**Tanz-Schule Otto Wertzbach,** Anton-Festall (Gewerksvereinshaus), Greifswalderstraße 221. Beginn neuer Tanzkurse Anfang und Mitte jedes Monats. Damen, welche gewillt sind, meinem Tanz-Institut beizutreten, erhalten zur Vervollständigung der Paare freien Unterricht. Geft. Meldungen erbeten bis Sonntag, 5. September, in oben genanntem Institut. Einem zahlreichen Zuspruch entgegengehend Hochachtungsvoll Otto Wertzbach, Tanzlehrer.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.**

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

- Heftchrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl I. und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg.
- Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch.** Preis 50 Pfg.
- Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Pfg.
- Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Pfg.
- Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt.** Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
- Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine.** Heftchrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an das Verbandsbureau bei Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/228.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.